

Inhaltsverzeichnis

Unser Frankfurt bietet solidarische Mobilität für alle.....	2
Unser Frankfurt bietet bezahlbaren Wohnraum für alle!	5
Unser Frankfurt ist sozial, ökologisch, gerecht	9
Unser Frankfurt lernt zusammen	13
Unser Frankfurt bietet eine sozial-ökologische Wirtschaft und moderne Arbeitsplätze für alle 17	
Unser Frankfurt schafft Kultur für alle!	20
Unser Frankfurt ist digital für alle.....	27
Unser Frankfurt ist eine Stadt, in der sich die Jugend frei entfalten kann!	31
Unser Frankfurt lässt kein Kind zurück!	33
Unser Frankfurt ist international und vielfältig!	35
Unser Frankfurt ist sicher für alle!	37
Unser Frankfurt bietet faire Bedingungen für alle!	39
Feministisches Frankfurt	41
Unser Frankfurt ist QUEER #mehrqueerwagen.....	42

Unser Frankfurt bietet solidarische Mobilität für alle.

Unser Frankfurt ist eine Stadt, in der sich alle schnell, günstig und klimaneutral bewegen. Der öffentliche Nahverkehr verbindet alle Stadtteile durch den Bau neuer U- und Straßenbahntrassen miteinander. Breite und sichere Radwege an den Hauptverkehrsstraßen und separate Radschnellwege verbinden Frankfurt innerhalb der Stadt und mit dem Umland. Sharing steht als modernes Mobilitätsmodell allen Frankfurter*innen zur Verfügung. Innerhalb der Innenstadt genießen wir alle ein modernes, urbanes Leben und das weitestgehend ohne Autos.

Alle Verkehrsteilnehmenden, insbesondere zu Fuß Gehende und Radfahrende, erhalten den Platz, den sie brauchen, um sicher in der Stadt voranzukommen. Alle ÖPNV-Stationen sind barrierefrei, um Menschen mit Einschränkungen einen einfachen Zugang zu allen Verkehrsmitteln zu ermöglichen.

Ein städtisches Sharing-System vereint ausleihbare Autos und Fahrräder und stellt deren Verfügbarkeit kostengünstig und stadtweit sicher.

Netzausbau des ÖPNV

Unser Frankfurt bietet ein gut ausgebautes Liniennetz im ÖPNV. Das erreichen wir unter anderem durch folgende Maßnahmen:

- Ausbau der U4 von der Bockenheimer Warte nach Ginnheim mit Anbindung des Campus Westend der Goethe-Universität über die „Ginnheimer Kurve“.
- Verlängerung der U5 über das Europaviertel hinaus nach Höchst und in der Gegenrichtung zum S-Bahnhof Frankfurter Berg.
- Jede U4 fährt bis Enkheim, statt wie bisher nur jede Zweite.
- Wiederinbetriebnahme der alten Straßenbahnlinie 20 von „Gwinnerstraße“ bis Bergen.
- Verlängerung der U7 nach Steinbach mit Anbindung der neuen „Josefstadt“.
- Errichtung einer Ringstraßenbahn um die Innenstadt.
- Straßenbahnanbindung des Sachsenhäuser Bergs.
- Verlängerung der Linie 11 nach Zeilsheim über den Bahnhof Höchst und die Jahrhunderthalle.
- Verlängerung der Linie 18 nach Bad Vilbel.
- Errichtung weiterer Straßenbahnlinien am Stadtrand, um deren Anbindung zu verbessern.

- Prüfung von Seilbahn-Strecken, an denen die Errichtung von Schienenstrecken schwer umsetzbar wäre.
- Um die Planungszeit von neuen Bahnstrecken zu verkürzen, setzen wir auf verkürzte Planungsverfahren, wie sie auch während dem “Aufbau Ost” eingesetzt wurden.
- An S-, U- und Straßenbahnstationen am Stadtrand stehen kostenlose Park-And-Ride-Plätze in großer Zahl bereit, um die Pendler zum Umsteigen auf den ÖPNV zu motivieren.

Darüber hinaus unterstützen wir den Bau der Nordmainischen S-Bahn und der Regionaltangente West, die wir als ersten Teil eines S-Bahn-Rings um Frankfurt sehen sowie den Ausbau der Straßenbahnlinien in den Umlandgemeinden, beispielsweise die Linie 16 in die Offenbacher Innenstadt oder die Linie 17 nach Dreieich. Gleichzeitig wird die Taktung der ÖPNV Verbindungen ins Umland erhöht, insbesondere der Regionalbahn von und nach Hanau.

Preisstruktur des ÖPNV

Unser Frankfurt bietet kostengünstigen Nahverkehr für alle. Ein Jahresticket im Stadtgebiet kostet 365 Euro, Schüler*innen, Azubis, Studierende, Rentner*innen, Wohnsitzlose und Sozialhilfeempfänger*innen zahlen nichts. Die Jahreskarte wird langfristig zu einer Mobilitätsflatrate ausgebaut, um weitere Fortbewegungsmittel zu inkludieren. Finanziert werden diese Mehrkosten durch eine Unternehmensabgabe in Höhe von 7€ pro Mitarbeiter*in. Die Stadt wird zusätzlich damit beauftragt, ein einkommensabhängiges Finanzierungskonzept im Sinne eines solidarischen Bürger*innentickets zu entwickeln.

Der Nahverkehr bekommt deutlich höhere öffentliche Zuschüsse, um dies zu finanzieren. Unternehmen leisten mit einer Abgabe in Höhe von sieben Euro pro Arbeitsplatz ebenso einen Beitrag zur Finanzierung. Eine Senkung der Fahrpreise in Kombination mit dem Netzausbau macht den ÖPNV in unserem Frankfurt attraktiv und kostengünstig.

Radverkehr

Unser Frankfurt bietet sicheren und attraktiven Radverkehr für alle. Breite und vom baulich vom Automobilverkehr abgetrennte Radwege an den Hauptverkehrsstraßen bestimmen das Stadtbild und sorgen für sicheres und emissionsfreies Fortbewegen innerhalb der Stadt für Radfahrende jeden Alters. Ein Radschnellwegenetz verbindet Frankfurt außerdem mit den umliegenden Gemeinden und macht Radfahren somit auch für Pendler*innen attraktiv. Um eine kontinuierliche Verbesserung der Radinfrastruktur zu erreichen, arbeitet die Stadt eng mit der Initiative “Radentscheid” zusammen.

Zu einer attraktiven Radinfrastruktur gehört auch eine große Anzahl an Radstellplätze, die in allen Stadtteilen zu finden sind. Diese sollen auch das Laden von Elektrofahrrädern ermöglichen.

Sharing-Systeme

Unser Frankfurt bietet ein fahrzeugübergreifendes Sharing-System für alle. Innerhalb der ganzen Stadt besteht die Möglichkeit, Autos und Fahrräder kostengünstig und einfach auszuleihen. Für eine klimaneutrale Stadt benötigen wir nachhaltige Verkehrskonzepte.

- Ausleihpools mit der Verfügbarkeit aller Verkehrsmittel stehen an hochfrequentierten Orten im Stadtgebiet bereit.
- In den Außenbezirken wird im Besonderen auf Verfügbarkeit an Haltestellen geachtet.
- Die Autos des Sharing-Systems dürfen auch Anwohnerparkzonen nutzen.
- Während private Anbieter dem Markt und der Rentabilität unterworfen sind, sichert eine öffentliche Organisation die Versorgung durch Sharing-Fahrzeuge im ganzen Stadtgebiet und für alle Frankfurter*innen. So sind auch Synergien mit dem ÖPNV einfacher umzusetzen.
- Die Preisstruktur kann stabil gehalten werden und ist für die Bürger*innen einfach nachzuvollziehen. Sharing muss sich für die Frankfurter*innen lohnen. Deshalb muss die Nutzung gemeinschaftlich genutzter Autos auch bei einigen innerstädtischen Fahrten in der Woche billiger sein als der Betrieb eines eigenen PKW.
- Die Autos sollen keinen Verbrennungsmotor haben, sondern regenerativ (durch Wasserstoff oder Elektrizität) angetrieben werden. Bei Fahrrädern müssen robuste Modelle, die auf den Stadtverkehr ausgelegt sind und eine lange Lebenszeit aufweisen können, ausgewählt werden.

Unser Frankfurt bietet bezahlbaren Wohnraum für alle!

In Frankfurt leben aktuell über 750.000 Menschen. Somit ist unsere Stadt in den letzten 15 Jahren um über 100.000 Menschen gewachsen und dieser Trend setzt sich laut Prognosen ungebrochen fort. Dies ist Chance und Herausforderung zugleich. In unserem Frankfurt können sich alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, eine Wohnung leisten. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Wohnungen für alle in der benötigten Zahl vorhanden sein. Das Schaffen von bezahlbaren Wohnungen ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Einzelmaßnahmen reichen für das Erreichen des Ziels nicht aus, daher setzen wir auf folgende Punkte:

Bauen, Kaufen, Deckeln!

Bauen

Die Frankfurter SPD und insbesondere Planungsdezernent Mike Josef haben seit der Regierungsbeteiligung im Jahr 2016 wegweisende Erfolge bei der Schaffung von bezahlbarem und qualitativem Wohnraum erzielt und jahrelange Untätigkeit von Grünen und CDU beendet. Diesen Weg werden wir konsequent vorantreiben und ausbauen.

- In Neubaugebieten werden gleichermaßen zu jeweils 25% Wohnungen im 1. Förderweg (Sozialwohnungen), 2. Förderweg (Mittelstandsprogramm), Genossenschafts- & Gemeinschaftswohnungen sowie freifinanzierte Wohnungen entstehen.
- Die städtische ABG Holding schafft im Wohnungsneubau über 65% geförderten Wohnungsbau mit Fokus auf den 1. Förderweg (Sozialwohnungen).
- Neubaugebiete wie der Pfingstberg, Gebiete an der A5 sowie Richtung Main-Taunus-Zentrum werden schneller erschlossen und an den ÖPNV angebunden.
- Flächenschonende Wohnbaumaßnahmen, wie zum Beispiel weniger Bodenversiegelung, erhalten finanzielle Anreize von der Stadt. Nachverdichtungen werden mit Augenmaß in allen Stadtteilen fokussiert.
- Bis 2030 werden wir 30.000 geförderte Wohnungen schaffen.

Kaufen

- Unser Frankfurt wird als starke Kommune ihre finanziellen Möglichkeiten nutzen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, beispielsweise durch den Ankauf von privaten Baugrundstücken und Wohnungen.
- Das städtische Vorkaufsrecht wird gestärkt und Koordinationsprobleme beseitigt. Dazu wird die Befugnis zum Ankauf von Grundstücken vom Baudezernat auf das Planungsdezernat übertragen. Dies sichert einen reibungslosen Ablauf zwischen der Planung von Ankäufen und deren Umsetzung.
- Das Budget für das Vorkaufsrecht wird deutlich erhöht. Wir fordern eine Anhebung des Etats von derzeit 17 Mio. Euro auf 250 Mio. Euro. Dabei orientieren wir uns an der Stadt München.
- Die ABG soll deutlich mehr Liegenschaften erwerben und diese in geförderten Wohnraum umwandeln.

Deckeln

Wohnraum ist zum Leben da und darf nicht weiter zur Spekulation und Gewinnoptimierung für Investoren genutzt werden. Unser Frankfurt stellt sicher, dass Wohnraum zum Leben genutzt wird. Dazu setzen wir uns für ein Zweckentfremdungsverbot ein, das die Landesregierung erlassen muss. Auch geschäftsmäßige Nutzungen von Wohnungen als Ferienwohnungen (bspw. über Airbnb) werden wir beschränken, indem wir eine Höchstdauer für private Vermietungen als Ferienwohnung durchsetzen. Durch einen Mietendeckel werden Mieterhöhungen für fünf Jahre verboten.

- In Frankfurt werden die Mieten für private und öffentliche Wohnungen für fünf Jahre festgeschrieben, Mieterhöhungen, außerhalb des Inflationsausgleichs, werden verboten.
- Leerstand wird verboten. Das Baugebot nach § 176 BauGB soll konsequent durchgesetzt werden, um Spekulanten zur Wohnbebauung zu verpflichten.

Um diese Ziele - Bauen, Kaufen, Deckeln - erreichen zu können, braucht es neben Investitionen auch eine Weiterentwicklung des Bauplanungsrechts. Gemäß der Studie „Urbanes Wohnen - Neue Wohnraum Potenziale“ der TU Darmstadt und dem Pestel- Institut Hannover, fordern wir folgende Anpassungen von bauordnungs- und bauplanungsrechtlichen Vorgaben, um einen möglichst hohen Anteil an zusätzlichem, bezahlbarem Wohnraum ohne neuen Flächenverbrauch zu schaffen:

- Entwicklung von urban angemessenen Geschossflächenzahlen (GFZ) und Grundflächenzahlen (GRZ) sowie von quartiersbezogenen Planungszielen, z.B. über einen „Quartiersplan“.
- Schaffung von planungs- und ordnungsrechtlichen Leitlinien für das Quartier. Identifikation der Potenziale im Detail und Festlegung der städtebaulichen, gestalterischen und nachbarschaftlichen Verträglichkeit als Grundlage der Gebäudeplanung.
- Zulassung der Überschreitung der zulässigen Geschossflächenzahl (GFZ) für Aufstockungen ohne Ausgleichsmaßnahmen.
- Erleichterungen im Genehmigungsverfahren zur Nutzungsänderung im Bestand hin zu einer Wohnnutzung.
- Einzelfallbetrachtungen von Lösungen im Bestand bei Zielkonflikten mit Anforderungen für den Neubau.

Mieten gemäß Mietentscheid senken – Sozialbindungen verlängern!

- Die Mietpreisbindung von geförderten Wohnungen muss mindestens 50 Jahre andauern. Die Möglichkeit, Immobilien vorab aus der Bindung zu kaufen, wird ersatzlos abgeschafft.
- Milieuschutzsatzungen werden auf die Gebiete Nordend, Westend sowie weitere angespannte Stadtteile ausgeweitet.

Gemäß den Forderungen zwei und drei der Initiative Mietentscheid setzen wir uns dafür ein, dass...

- ...die Mieten bei der ABG Frankfurt Holding für alle Bestandsmieter*innen, die vom Einkommen her Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, jedoch eine höhere Miete zahlen, auf maximal 6,50 Euro pro qm abgesenkt werden.
- ...durch Mieter*innenfluktuation frei werdende freifinanzierte Wohnungen künftig zu den entsprechenden Preisniveaus und Belegungsbindungen des geförderten Wohnungsbaus vermietet werden, davon zwei Drittel analog zum derzeitigen Preisniveau des sozialen

Wohnungsbaus von maximal 6,50 Euro pro qm und ein Drittel auf dem derzeitigen Preisniveau des „Frankfurter Programms für den Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen: Förderweg 2“ (8,50 bis 10,50 Euro pro qm).

Wohnraum für Studierende und Auszubildende

Frankfurt ist eine Universitätsstadt. Besonders für Studierende und Auszubildende werden wir bezahlbaren Wohnraum schaffen. Derzeit gibt es nur etwa für sieben Prozent der Studierenden im Rhein-Main-Gebiet einen öffentlich geförderten Wohnheimplatz. Bundesweit liegt der Schnitt bei zehn Prozent. Das werden wir ändern:

- Schaffung von zusätzlich 5.000 Wohneinheiten für Studierende (im geförderten Bereich) bis 2023
- Gemeinsames Programm mit dem Studierendenwerk zur Unterstützung der Studierenden bei der Wohnungssuche
- Schaffung von zusätzlich 5.000 Wohneinheiten für Auszubildende (im geförderten Bereich) bis 2023 mit Fokus auf die Nähe zu größeren Ausbildungsbetrieben.

Unser Frankfurt ist sozial, ökologisch, gerecht

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit bedingen einander. In unserem Frankfurt ist die Bevölkerung infolge besserer Luftqualität gesünder und glücklicher. Frankfurt leistet, Hand-in-Hand mit Klimaschutzmaßnahmen durch Bund und Länder, einen wichtigen Beitrag zum weltweiten Klimaschutz. Bereits 2030 wird unser Frankfurt die Nettonull bei Treibhausgasemissionen erreichen, um das 1,5 Grad Ziel aus dem Pariser Klimaabkommen einzuhalten.

Unser Frankfurt ist sozial, ökologisch und gerecht. Dieses Ziel bewältigen wir gemeinsam und gerecht verteilt. Klimaschutz darf niemals auf Kosten der ökonomisch Schwächeren erfolgen. Folgende Maßnahmen schützen das Klima und verbessern gleichzeitig das tägliche Leben aller Menschen in Frankfurt:

Unser Frankfurt setzt auf grüne Energie:

- Die Energieversorgung Frankfurts wird zu 100% aus erneuerbaren Energien bestehen, dies gilt ebenfalls für die aus anderen Regionen hinzu gekaufte Energie.
- Wir setzen auf die schnellstmögliche Umwandlung des Kohlekraftwerks Frankfurt West in ein Gaskraftwerk und einen Kohleausstieg Frankfurts bis spätestens 2025.
- Der gesamte Nahverkehr wird massiv ausgebaut und schnellstmöglich mit Ökostrom betrieben. Dafür wird der derzeitige Pachtvertrag zwischen der VGF und der Mainova gekündigt.
- Alle geeigneten städtische Gebäude werden mit Photovoltaik ausgerüstet und begrünt (Dachbegrünung, Fassadenbegrünung). Das Programm „50% Klimabonus“ wird ausgebaut.

Gemeinsam senken wir den Energieverbrauch:

- Umstellung der Straßenbeleuchtung auf stromsparende LED-Technik.
- Einrichtung eines Frankfurter Umweltzentrums für Bürger*innen, Gewerbetreibende und Verbände und Schulklassen, das umfassende Beratungs- & Schulungsangebote zum Thema Energie, Mobilität und Umweltschutz anbietet.
- Kommunale Förderung für nachhaltige Dämmung und Sanierung von Gebäuden, sowie regenerative und klimaneutrale Energiesysteme.
- Im Neubau werden Wärmedämmstandards konsequent umgesetzt.

- Erarbeitung eines Altbausanierungskonzepts mit kommunalen Förderprogramm.
- Einführung eines Energie-Spar-Wettbewerbes und „Projektwoche Umwelt“ an Frankfurter Schulen.
- Keine der Maßnahmen darf zur Erhöhung der Mietpreise oder Verdrängung führen. Die Maßnahmen müssen aus öffentlichen Geldern finanziert werden.

Unser Frankfurt rüstet sich organisatorisch für den notwendigen Wandel.

Durch die Umstellung der eigenen organisatorischen Struktur, wird der Klimaschutz durch die Verwaltung priorisiert. Dies geschieht mittels eines personell, finanziell und kompetenziell gut ausgerüsteten Umweltdezernats.

- Bei allen politischen Entscheidungen werden die Auswirkungen auf das Klima und die Umwelt berücksichtigt. Nachhaltigkeit wird der Wirtschaftlichkeit gleichgestellt. Hierfür wird eine übergeordnete Stabsstelle Klimaschutz eingerichtet, die zur Koordination zwischen den Dezernaten berufen ist und die Aufgabe und Befugnisse hat, der Querschnittsaufgabe Klimaschutz gerecht zu werden.
- Der Klimaschutz in Frankfurt wird durch ein Expertengremium mit einem fortlaufenden Monitoring begleitet und transparent gemacht.
- Frankfurt vernetzt sich international, zum Beispiel über das Klima-Bündnis, das Covenant of Mayors, Mayors Adapt, ICLEI – Local Governments for Sustainability und die Eco Mobility Alliance."
- Der „Masterplan Klimaschutz“ wird jährlich aktualisiert. Die Maßnahmen müssen dem aktuellen Wissensstand angepasst werden.

Unser Frankfurt macht sich nachhaltig zukunftssicher:

- Die Radinfrastruktur wird nach den Vorschlägen des Radentscheides ausgebaut
- 10.000 neue Fahrradparkplätze im Stadtgebiet Frankfurt
- Alle Nebenstraßen der Zeil werden zu Fußgängerzonen umgebaut
- Ein autofreies Bahnhofsviertel sowie eine autofreie Innenstadt sind unser Ziel (Davon ausgeschlossen sind Behördenfahrzeuge und Fahrzeuge mit gewerblichen Ausnahmen).

- Als Vorbereitung auf eine autofreie Innenstadt werden die Parkgebühren in den betroffenen Bereichen erhöht.
- Bis dahin soll es eine stärkere CO₂-Begrenzung von Autos geben. Nur Fahrzeuge mit einem CO₂-Verbrauch von 40 g/km dürfen im Stadtverkehr erlaubt sein. Als Zwischenziel sollen bis 2025 nur Fahrzeuge mit einem Grenzwert von 70 g/km in 2025 erlaubt sein. Kontrolliert werden die Grenzwerte über ein Plakettensystem.
- Bergerstraße und Leipziger Straße werden großflächig zur Fußgängerzone.
- Die Stadt fördert kleine und mittelständische Unternehmen bei der Anschaffung von klimaneutralen Fahrzeugen.
- Die städtische Fahrzeugflotte wird kontinuierlich durch E-Autos ersetzt.
- Frankfurt legt die Weichen für eine effektive E-Ladestruktur.
- Parkhäuser, Seitenstreifen und andere Parkplätze im Bereich der Innenstadt werden in Wohnhäuser, Fahrradparkhäuser, Grünflächen und Parks umgewandelt.
- Park & Ride Systeme an den Stadtgrenzen und Bahnstationen werden ausgebaut, um den Pendelverkehr durch Autos nach Frankfurt nachhaltig zu reduzieren.
- Der ÖPNV wird langfristig kostenfrei. Der Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur ist hierfür notwendig. Zudem muss der ÖPNV zu 100% barrierefrei sein.
- Der Ausbau des ÖPNV wird gefördert. Personen, die in Randgebieten Frankfurts leben, können leichter ihr Ziel erreichen. Busse und Bahnen fahren öfter, sodass es dem Bedarf gerecht wird.

Unser Frankfurt lebt nicht auf Kosten der Natur:

- Bei städtischen Grünflächen wird die Biodiversität gefördert und geschützt.
- Der Flughafen wird nicht weiter ausgebaut. Es sollen keine weiteren Gates gebaut oder ausgeweitet werden. Die bestehenden Flächen sind ausreichend für den Flugverkehr.
- Biologisch abbaubare Kunststoffe als Verpackungsmaterial werden von der Stadt gefördert.
- Im Wohnungsneubau wird bereits vorhandene Bebauung nach Möglichkeit nachverdichtet, um die Versiegelung freier Grünflächen zu minimieren (Beispiel Platensiedlung).

- Bei der Erschließung neuer Baugebiete werden Frischluftschneisen erhalten und umfassende Grünflächen errichtet.
- Klimafreundliche und saisonale Bio-Produkte von regionalen Erzeugerbetrieben in allen Kitas, Schulen und städtischen Einrichtungen sowie tägliche vegane und vegetarische Angebote.
- Projekte der vertikalen Landwirtschaft werden gefördert. Hierfür soll es ein öffentliche Modellprojekt geben, indem Flächen und finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um einen städtischen Betrieb aufzubauen.

Unser Frankfurt bietet Aufenthaltsqualität für alle!

Frankfurt ist eine schöne Stadt mit vielen Grünflächen. Diese Lebensqualität wollen wir durch folgende Punkte weiter erhöhen:

- Sonnensegel, Trinkwasserspender, klimatisierte öffentliche Räume, um allen und besonders gefährdeten Personengruppen (Ältere, Kinder etc.) Abkühlung an heißen Tagen zu ermöglichen.
- Ausbau der Infrastruktur am Mainufer: Mehr überdachte Sitzgelegenheiten, Sitzliegen und fest installierte Toiletten.
- Blumendächer und/oder Solarzellen für Straßenbahn- und Bushaltestellen, sowie begrünte Litfaßsäulen.
- Innenstadt begrünen: Betonwüste aufbrechen, beispielsweise Zeil und Goetheplatz begrünen.
- Begründung aller Stadtbahn Schottergleise, die oberirdisch verlaufen.
- Ideenwettbewerbe für innovative, grüne Wohnungsprojekte werden ins Leben gerufen, um die Schaffung neuen Wohnraums klimafreundlich und mit wenig Versiegelung zu ermöglichen.
- Urban Gardening: mehr Flächen und Gelder für Bürgerinitiativen, in allen Neubaugebieten sollen Flächen für Urban Gardening geschaffen werden.

Unser Frankfurt lernt zusammen

Unsere Zukunft als demokratische Gesellschaft hängt insbesondere von unserem Bildungssystem ab. Gut ausgestattete Schulen, kleine Klassen, die von genügend Lehrer*innen betreut werden und eine kostenfreie, städtische Essensversorgung, die die Gesundheit der Schüler*innen fördert, gehören in unserem Frankfurt zum Standard. Schüler*innen werden ganztags und vollumfänglich nach ihren Fähigkeiten betreut und unterstützt. Gleichzeitig wird allen die Möglichkeit gegeben, sich ehrenamtlich, sozial, oder in Sportvereinen zu engagieren.

Öffentlicher Schulbau und Versorgung

In Frankfurt kommen jährlich 400 Grundschüler*innen zusätzlich an die Schulen. Insgesamt werden in den nächsten fünf Jahren mehr als 10.000 Schüler*innen zusätzlich erwartet. Die Stadt benötigt dadurch mindestens 20 neue Schulen. Um diesem Zuwachs mit einem gleichzeitigen Anstieg der Schulqualität zu begegnen, setzt unser Frankfurt auf folgende Punkte:

- Flächendeckende Ganztagschulen: Wir befürworten ein Ganztagsschulprogramm nach Profil drei. Diese bieten an fünf Tagen pro Woche in der Zeit von 7:30 Uhr bis 16:00 oder 17:00 Uhr Betreuung, Unterricht sowie verpflichtende Ganztagsangebote. Frankfurter Schulen werden nicht in dem Modellprojekt „Pakt für den Nachmittag“ eingebunden, sondern erhalten richtige und qualitativ hochwertige Förderung.
- Beim Neubau von Schulen werden insbesondere integrierte Gesamtschulen berücksichtigt. In Verbindung mit mehr gymnasialen Oberstufen ist dieses Konzept integrativer.
- Einführung eines kostenfreien Mittagessens für alle
- Für Vollzeit arbeitende Eltern wird das Projekt einer 24 Stunden Kita ins Leben gerufen. In vielen Privaten Bereichen gibt es ähnliche Angebote (z.B.. Banken). Besonders aber für Krankenschwestern, Ärzt*innen, Arbeiter*innen und Dienstleister*innen mit Nachtdienst gibt es solche Angebote leider nicht.
- Keine Öffentlich-Privaten-Partnerschaften im Bildungswesen. Bildung ist Aufgabe des Staates und darf nicht der Gewinnmaximierung unterworfen werden. Die Finanzierung der Schulsanierungen wird ebenfalls durch staatliche Mittel erfolgen.
- Wir fordern von der Landesregierung freie Bereitstellung finanzieller Mittel, um den Sanierungsstau in Frankfurt anzugehen.

- Das Schulbäderkonzept wird gemäß des Schulentwicklungsplan umgesetzt und der Renovierungsbedarf der Schulbäder wird abgedeckt.
- Computerräume werden müssen ausgebaut und auf den neuesten Stand gebracht. Der Schulentwicklungsplan wird fortgeschrieben und digitale Kompetenzen als Ziel festgeschrieben.
- Jede Schule wird schnellstmöglich barrierefrei.
- Effektives Lernen ist nur in ruhiger, ungestörter Atmosphäre möglich. Daher setzen wir uns für den Schutz der Schüler*innen vor Lärm ein. Dies bedeutet beispielsweise, dass die Pestalozzischule im Riederwald vor den anstehenden Bautätigkeiten am Riederwaldtunnel effektiv durch eine Lärmschutzwand und Belüftungsanlage zu schützen ist.

Kampagnen und Schulunterstützung

Kindertagesbetreuung ist entscheidend für junge Familien und berufstätige Eltern. Wir werden gemeinsam mit unserer Bildungsdezernentin Sylvia Weber in diesem Bereich handeln und auf unsere Erfolge aufbauen.

- Betreuungsplätze (Horte, U3) werden mit einem kindgerechten Personalschlüssel, vorrangig in den benachteiligten Stadtteilen, ausgebaut.
- Eine kostenfreie Ganztagsbetreuung, auch für Kinder unter 3 Jahre, ist in unserem Frankfurt selbstverständlich. Wir werden junge Familien entlasten und das Ganztagsbetreuungsangebot ausbauen.

Die Schule soll alle Bereiche der Gesellschaft abdecken. Dafür ist die Kooperation mit externen, sozialen Kooperationspartner*innen sehr wichtig. Unser Frankfurt wird schulübergreifend Kampagnen zum Thema Nachhaltigkeit, Antirassismus, Digitale Bildung, Suchtprävention und psychologische Betreuung durchführen.

- Die Kampagnenarbeit wird gebündelt. Dazu wird ein Dezernatsposten "Kampagnenmanagement" im Bildungsbereich etabliert.
- Durch gemeinsame kulturelle Veranstaltungen an Schulen werden interkulturelle Kompetenzen gestärkt und Vorurteile abgebaut.
- Drogenaufklärungsangebote an Schulen werden ebenfalls ausgebaut. Suchtprävention findet durch freie Träger*innen statt.

- Wir setzen auf eine starke Zusammenarbeit mit Projekten wie Dare-to-Care, um die psychologische Betreuung an Schulen auszubauen. Mobbing und Cyber-Mobbing (sowie Cyber-Grooming) werden wir dadurch konsequent bekämpfen.
- Die Stadt etabliert eine grüne Kampagne im Bereich Nachhaltigkeit und eine Dialogplattform für Fridays For Future. Aufklärungskampagnen gegen Rassismus an Schulen werden gefördert.
- Um die interkulturellen Fähigkeiten zu verbessern, etablieren wir mehr Schüleraustauschprogramme mit afrikanischen Staaten und Staaten des Globalen Südens.

Inklusion

Die Schule ist ein Raum der Entwicklung. Hierfür ist eine umfassende Raumausstattung notwendig. Allerdings ist für die freie Entfaltung die geistige Gesundheit elementare Voraussetzung. Unsere Ideen beim Schulausbau gehen daher auf die emotionale Entwicklung aller ein:

- In ganz Hessen gibt es derzeit nur 114 Schulpsychologen. Damit müsste ein Schulpsychologe knapp 6.500 Schüler*innen betreuen. Bei immer stärker wachsenden Zahlen von Depression und psychischen Erkrankung unter Jugendlichen, ist das nicht ausreichend. Wir fordern daher für Frankfurt eine hohe Anzahl an Neueinstellungen von Schulpsychologen.
- Nicht nur Schüler*innen können von psychischen Erkrankungen betroffen sein. Daher etablieren wir Anlaufstellen für Lehrer*innen mit psychischen Problemen.
- Um eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der Schulen zu gewährleisten, wird ein Teamraumkonzept an allen Frankfurter Schulen umgesetzt und für das Kollegium bereitstehen.
- Für alle Schüler*innen wird es einen kostenfreien Spind geben, um sie beim selbstständigen Organisieren ihrer Schulmaterialien zu unterstützen.
- Alle Schulen in Frankfurt werden Teil des Netzwerks "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage".

Digitalisierung an Schulen

Unser Frankfurt sorgt dafür, dass die Bürger*innen die Kompetenzen haben, um die Chancen der Digitalisierung für sich zu nutzen und gleichzeitig niemand durch die Risiken der Digitalisierung abgehängt oder ausgeschlossen wird. Hierzu braucht es die nötige Ausstattung an den Bildungsstätten und umfassende Schulungs- und Weiterbildungsangebote. Die Schule muss Schüler*innen die nötigen Kernkompetenzen mitgeben, um im Berufsleben bestehen zu können. Über den Digitalpakt des Bundes

wird eine finanzielle Versorgung abgedeckt. Mit diesen Ideen schaffen wir ein Zukunftsmodell im Bereich digitale Bildung:

- Digitale Projekte von europäischen, nationalen und landesweiten Initiativen werden auf kommunaler Ebene weiterverbreitet.
- Schulen werden im Prozess zur Beratung für Medienbildungskonzepte mithilfe von Fortbildungsmaßnahmen und Lernwerkstätten zum Thema digitale Bildung unterstützt.
- Die Medienzentren werden ausgebaut, um mehr Möglichkeiten in der digitalen Bildungslandschaft in Form von Projekten, Fortbildungen und Medienverleih zu ermöglichen.
- In den Schulen, bzw. in den Stadtteilen werden dezentrale Medienlabore mit guter Ausstattung errichtet. Damit werden medienpädagogische Projekte lokal ermöglicht, Medienbildung vertieft und eine zugängliche Werkstatt errichtet.
- Die SBA (Schulbibliothekarische Arbeitsstelle) wird in der Medienbildung einen größeren Stellenwert einnehmen.
- E-Book-Reader werden in das Anschaffungssortiment für Schulausstattung aufgenommen, sodass Schulen auch diese bei Bedarf bestellen können.
- Schulen werden durch das Medienzentrum bei der Ausarbeitung eines Medienbildungskonzepts gefördert, um eine zielführende, individuelle Ausstattung der jeweiligen Schulen zu gewährleisten.
- Alle Schulen werden an das Glasfasernetz (FTTH) angeschlossen sowie WLAN und Tablets als Klassensätze und digitale Lernplattformen bereitgestellt.
- Die Förderung der Fächer Informatik und Medienkompetenz gewährleistet, dass Schüler*innen die technischen Grundlagen der digitalen Welt und die Kompetenzen für das Bestehen in der Arbeitswelt 4.0 beherrschen. Chancen und Risiken im Netz werden vermittelt. (Eine umfassende Digitalstrategie im Bildungsbereich findet sich im Programmabschnitt „Digitales“)
- Es stehen Weiterbildungsangebote zum Thema Digitalisierung insbesondere zu den Themen Cyber-Mobbing und Extremismus im Netz, aber auch zum Umgang mit technischen Hilfsmitteln wie z. B. Smartboards für alle Lehrer*innen zur Verfügung.
- Angebote zur Weiterbildung im Bereich Digitalisierung an Volkshochschulen, insbesondere für ältere Menschen werden verstärkt unterstützt.

Unser Frankfurt bietet eine sozial-ökologische Wirtschaft und moderne Arbeitsplätze für alle

In unserem Frankfurt stehen genug Gewerbeflächen für den Mittelstand und den Einzelhandel zur Verfügung. Die zahlreichen Branchen, in denen die Frankfurter Unternehmen tätig sind, spiegeln die vielfältige Frankfurter Gesellschaft wider. Ökologische Standards, auch für Unternehmen, tragen zu einem zukunftsfähigen und nachhaltigen Stadtleben bei.

Um die Erhaltung der Unternehmensvielfalt in Frankfurt sicherzustellen, setzen wir auf diese Punkte:

- Das städtische Vorkaufsrecht wird auch zur Ausweitung des Gewerbesektors genutzt, um gegen die Mietexplosion vorzugehen und einen flächendeckenden Gewerbesektor zu erhalten.
- Es findet eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Quartiersmanagement und den Gewerbevereinen statt.

Unser Frankfurt ist eine attraktive und florierende Stadt mit einer hohen, ökologischen Aufenthaltsqualität. Dies wird erreicht durch:

- Mehr grüne Flächen und Plätze, zum Beispiel am Goethe-Platz, um zu einer klimafreundlichen Stadtentwicklung beizutragen
- Mehr Sitzmöglichkeiten und mehr öffentliche sanitäre Einrichtungen
- Vollständige Umgestaltung der Hauptwache und der Konstablerwache, indem auch attraktive Flächen für den Einzelhandel zur Verfügung stehen
- Damit der Einzelhandel in einer digitalisierten Welt mithalten kann, gewährleistet die Stadt vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr.

In unserem Frankfurt bestehen Arbeitsplätze in zahlreichen Berufsfeldern, in denen verstärkt Frauen Führungspositionen einnehmen.

- verpflichtende Quote für Frauen in Führungspositionen, auch im mittleren Management, in städtischen Betrieben und Behörden sowie in öffentlich-rechtlichen Einrichtungen
- IHK und Arbeitgeberverbände bieten ein Führungskräfte-Stärkungs-Programm für Frauen an.

In unserem Frankfurt erfolgt eine reibungslose und digitalisierte Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Behörden. Genehmigungsverfahren laufen effektiv und effizient.

- Die Kommunikation zwischen der Stadtverwaltung, den Unternehmen und der Politik findet auf Augenhöhe statt
- Zentrale Beratungsstellen für Unternehmen, die sich neu gründen oder ansiedeln wollen in der Stadtverwaltung, damit die Zusammenarbeit mit der Stadt sich verbessert und Vertrauen aufgebaut wird

In unserem Frankfurt werden öffentliche Aufträge nur unter Einhaltung sozialer, ökologischer und arbeitsrechtlicher Standards vergeben.

Die Einhaltung wird durch eine städtische Behörde kontrolliert. Die Stadt Frankfurt hat sich zu einem flächendeckenden, städtischen Mindestlohn von 13,00 EUR verpflichtet. Eingeführte ökologische und soziale Standards werden ständig weiterentwickelt.

- Arbeitsreduktion bei Lohnausgleich in städtischen Betrieben ermöglichen.
- 6 Stunden pro Tag und 30-Stunden Woche für Pflegeberufe und Kindertagesstätten.
- Fairere Löhne für Mitarbeiter*innen im Facility Management.
- Vergabe öffentlicher Aufträge nur unter Einhaltung sozialer, ökologischer und arbeitsrechtlicher Standards

In unserem Frankfurt stehen den Startups durch Gründerzentren beste Bedingungen und Infrastruktur sowie Vernetzungsmöglichkeiten zur Verfügung.

- Die aktuellen Gründerzentren werden beibehalten
- Neue Gründerzentren entstehen an Orten mit guter Verkehrsanbindung schwerpunktmäßig in der Innenstadt

Unser Frankfurt bietet Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Unternehmen mit diversen Forschungsinstituten und Universitäten, die das Fachpersonal von morgen ausbilden.

- Vernetzungstreffen von Forschungsinstituten und Unternehmen werden ausgebaut.
- Vernetzungsmöglichkeiten bestehen genauso in den Gründerzentren.

In unserem Frankfurt verbleiben Unternehmen mit einer öffentlichen Daseinsvorsorge in städtischer Hand und haben keine Gewinnerzielungsabsicht. Dazu gehört unter anderem Wasser, Strom, Krankenhäuser oder Nahverkehrsunternehmen. Städtisches Car-Sharing-System mit klimaneutralen Fahrzeugen wird gefördert. Außerdem stellt die Stadt sicher, dass den Unternehmen modernste digitale Infrastrukturen zur Verfügung stehen.

Um die Wirtschaft in Frankfurt langfristig zu fördern und zu erhalten, ist das Budget für die Wirtschaftsförderung um 10 % gestiegen. So bleibt die Frankfurter Wirtschaft für Unternehmen im Inland und Ausland jederzeit attraktiv.

Unser Frankfurt schafft Kultur für alle!

Die Stadt Frankfurt blickt auf eine lange, vielfältige Kulturszene zurück. In unserem Frankfurt ist Kultur inklusiv, feministisch und vielfältig - nicht elitär. Deswegen werden alle Menschen unabhängig vom Einkommen, kulturellen Hintergrund oder Geschlecht teilnehmen am Kulturangebot teilnehmen können, sowohl als Zuschauer*innen, Rezipient*innen als auch als Aussteller*innen und Künstler*innen.

Ticket und Zugang

Kultur muss für alle zugänglich sein, deshalb fordern wir auf lange Sicht einen komplett freien Eintritt für Frankfurter*innen in alle städtischen und privaten Museen.

Kurzfristig setzen wir folgende Punkte um:

- Kostenfreie Tickets für Minderjährige bis 18 Jahre sowie Studierende und Auszubildende
- freier Zugang für alle Menschen mit einem Jahresbruttoeinkommen, das unter 25.000€ liegt.
- Ermäßigung für Studierende aus Europa und der Welt

Um schon Kindern den Zugang zur Kultur zu eröffnen, bedarf es neben kostenlosem Eintritt auch einem Zugang durch Bildung. Dafür werden wir folgende Punkte umsetzen:

- mehr Schulausflüge zu kulturellen Institutionen, mindestens einer pro Quartal
- Ausflüge zu kulturellen Institutionen für Kinder mit Fluchterfahrung, die einen Integrationskurs besuchen.

Clubs, Musik und Kulturorte

Kultur ist vielfältig und beschränkt sich nicht nur auf Museen und Theater. Clubs und Bars gehören zum kulturellen Leben in Frankfurt, zur Frankfurter Seele. In den letzten Jahren gab es ein massives "Clubsterben" in unserer Stadt aufgrund hoher und steigender Mietpreise.

Wir fordern daher:

- Die Zusammenarbeit mit der Initiative „Clubs am Main“ wird gestärkt
- Es wird ein städtischer Fonds zum Erhalt der Kultur -& Clubszene ins Leben gerufen, um die Folgen der Coronakrise abzufedern

- Das MoMeM (Museum for modern electronic music) wird städtisch finanziert.
- Die Räume des ehemaligen “U60” werden zur kulturellen Nutzung freigegeben.
- Clubs die Frankfurter Künstler*innen unterstützen, werden von der Stadt finanziell unterstützt.
- “traditionelle” Kulturviertel werden durch einen “Kultur-Millieuschutz” erhalten und vor Gentrifizierung geschützt.
- Neue kulturelle Knotenpunkte der Stadt werden bewusst inklusiv gestaltet, damit keine elitären Viertel entstehen, aus denen sozialschwächere Menschen bzw. Mieter*innen verdrängt werden.
- Eine ausschließliche Zentralisierung von Kulturorten wird vermieden – wir wollen mehr Kulturzentren und -viertel in der Peripherie der Stadt
- Linke Kulturzentren wie z.B. das Klapperfeld, Club Voltaire, die Au und das Exzess sind Festungen gegen den Faschismus und müssen erhalten und gefördert werden.
- Die Direktion des Weltkulturenmuseums wird besetzt sowie die Förderung angehoben, damit die Schaustellflächen besser genutzt werden können.
- Raubkunst wird aus allen Museen verbannt.
- Errichtung eines Filmfestivalzentrums in Frankfurt

Festivals und Events

Neben den festen Spielstätten und den in Frankfurt agierenden freien Künstlerinnen und Künstlern finden unzählige Kulturfestivals und Einzelevents statt. Die Palette reicht vom Deutschen Jazzfestival des Hessischen Rundfunks bis zum Musikmesse Festival, das immer parallel zur Musikmesse an verschiedenen Orten der Stadt stattfindet. Auch hier wollen wir mit dazu beitragen, diese enorme Vielfalt zu erhalten:

- Die Finanzierung freier Festivals, wie dem Stoffel wird erhalten. Flächen werden unbürokratisch zur Verfügung gestellt.
- Das städtische Künstlerhaus Mousonturm wird langfristig gesichert, um Kulturveranstaltungen auf hohem Niveau zu garantieren.
- Die Sommerwerft wird ausgebaut und dauerhaft von der Stadt finanziert

- Ein Kulturfestival am südlichen Mainufer überträgt Veranstaltungen des Schauspiels und der Oper

Erinnerungskultur und Denkmäler

Kunst ist nicht nur schön anzusehen, sie ist eine Form der zwischenmenschlichen Kommunikation und Materie gewordenen Erinnerung und Auseinandersetzung mit Gesellschaft und Politik. Sie regt das Nachdenken und Recherchieren an. In den letzten 20 Jahren wurde in Frankfurt wenig an neuer Kunst und an Denkmälern aufgestellt. Deshalb wollen wir:

- Das geplante Denkmal für Gastarbeiter*innen wird endlich an einem gut sichtbaren, prominenten Platz am Hauptbahnhof aufgestellt.
- Die Erinnerungskultur an die Opfer des NS-Regimes wird insbesondere an Schulen ausgebaut.
- Denkmäler und historische Orte werden saniert und erhalten, dafür wird die finanzielle Förderung erhöht.
- Historische Bauten und Neubauten auf historischem Boden werden noch besser gekennzeichnet und deren Historie beschrieben.
- Die Finanzierung für “Stolpersteine” wird erhöht.
- Das Denkmal der Opfer des NS-Euthanasie Programmes wird dauerhaft aufgebaut.
- Die 68er Bewegung wird stärker gewürdigt. Eine dauerhafte Auseinandersetzung mit dieser sozialen Bewegung wird gewährleistet.
- Die Aufklärung und Auseinandersetzung mit den “kunstfeindlichen Positionen” von Reaktionären/Rechtspopulist*innen wird gestärkt.
- Ein Regenbogenzebrastreifen wird eingerichtet.

Oper und Schauspiel:

- Der Willy-Brandt-Platz ist als kultureller Standort für uns nicht verhandelbar, einen Ausverkauf an Investoren schließen wir kategorisch aus, denn Teilhabe und Vielfalt sind unser Ziel und nicht kleingeistiges Profitdenken. Der zentrale Standort am Willy-Brandt-Platz wird nicht aufgegeben und auch bei einem Neubau mindestens eine Spielstätte am Willy-Brandt-Platz erhalten.

- Um zu vermeiden, dass für Oper und Schauspiel zwei Interimspielstätten errichtet werden müssen, erscheint eine räumliche Trennung der Spielstätten sinnvoll. Für uns ist klar, dass Oper und Schauspiel eng verbunden sein müssen. Daher setzen wir uns für den Bau der Oper in der Nähe der Wallanlagen ein.
- Kultur am Mainufer - Live-Übertragung auf Leinwänden aus dem Schauspiel und der Oper

Wissenschaft & Zoo:

- Am Osteingang des Zoos wird das Frankfurt Conservation Center errichtet
- Das Kinder- & Jugendtheater zieht ins Zoogesellschaftshaus
- Im Zoo muss eine artgerechte Haltung aller Tiere in Zusammenarbeit mit Zoolog*innen und Tierschutzverbänden sichergestellt sein.
- Um allen Besucher*innen den Zugang zu ermöglichen, müssen alle Zooanlagen barrierefrei gestaltet werden.

Interkulturelle Öffnung:

- Mehr Diversität bei Angestellten und mehr Multikulturalismus bei Programmen
- Mehr kulturelle Feste, Märkte und Musikveranstaltungen
- Mehr kulturelle Veranstaltungen in infrastrukturell benachteiligten Stadtteilen.
- Mehr Werbung für kulturelle Einrichtungen in den oben genannten Gebieten.
- Mehr Aufführungen von Stücken aus anderen Kulturen + Mehrsprachigkeit.
- Stücke und Ausstellung, die sich mit der Bewältigung von Rassismus beschäftigen werden spezifisch gefördert.
- Freie Szene unterstützen, Ateliers und Studios bereitstellen für Kulturschaffende, Bereitstellung von Infrastruktur/Materialien, Stipendien für Kulturschaffende, Städtische Förderung der Veranstaltungen/Theaterstücken von freien Künstler*innen, mehr Bespielungsflächen
- Erweiterter Ankaufsetat für Museen (bislang nur für das MMK)

Kulturcampus Bockenheim

Eine Chance für Frankfurt - Den Kulturcampus Bockenheim schaffen!

- Realisierung der gemeinsamen Ansiedlung der Hochschule für Musik und darstellende Kunst (HfMDK) und des „Zentrums der Künste“, bestehend aus dem Frankfurt LAB, der Dresden Frankfurt Dance Company, dem Ensemble Modern und der Jungen Philharmonie. Um Synergien zwischen den genannten Institutionen herzustellen, sollen Gebäude gemeinsam genutzt werden. Darüber hinaus müssen diese Gebäude eine Mischnutzung zulassen. Studentisches Wohnen soll fester Bestandteil der Planungen der Gebäude der HfMDK sein, dies ist durch das Studentenwerk umzusetzen.
- Es ist Aufgabe des Landes, mit einer ausreichenden Finanzierung für die Realisierung der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst und der o.g. Einrichtungen, die ebenfalls vom Land gefördert werden, auf dem Kulturcampus zu sorgen. Die Stadt Frankfurt muss einen Teil der Finanzierung des gemeinsamen Projektes, insbesondere für die Realisierung des „Zentrums der Künste“, beitragen.
- Die kulturelle Vielfalt Bockenheims und seiner Bevölkerung sollte sich auch in der Nutzung und Infrastruktur des Kulturcampus abbilden. Es sind deshalb Räume und Ressourcen für Migrant*innenkulturvereine, Communities und interkulturelle Projekte vorzuhalten, insbesondere im Offenen Haus der Kulturen sowie den künftigen öffentlichen Veranstaltungsräumen der HfMDK.
- Um das Projekt des Kulturcampus voran zu bringen und nach außen sichtbar zu vertreten, sollen die bereits bestehenden sowie die sich neu ansiedelnden Institutionen in einem Arbeitskreis Kulturcampus miteinander vernetzt werden.
- Wohnen – Voraussetzungen schaffen für ein lebendiges und sozial durchmischtes Wohnquartier 1. Alle Flächen des Kulturcampus, die sich im Besitz der Stadt Frankfurt, des Landes oder von Gesellschaften in Mehrheitseigentum der Stadt Frankfurt oder des Landes befinden, müssen in deren Besitz verbleiben. Ein Verkauf wird ausgeschlossen.
- Bei Wohnungsneubau auf dem Kulturcampus sind ausschließlich Mietwohnungen zu schaffen.
- Die Flächen entlang der Gräfstraße und Solmsstraße sind der Wohnbebauung vorbehalten.
- Der neu entstehende Wohnraum muss zu 60 Prozent gefördert sein. Von den 60 Prozent werden zwei Drittel über den 2. Förderweg, die Frankfurter Programme zur Wohnraumversorgung, und

ein Drittel über den 1. Förderweg (Sozialwohnungen) errichtet. Weitere 15 Prozent der Flächen stehen gemeinschaftlichen Wohnprojekten zur Verfügung.

- Es wird darauf hingewirkt, dass die Wohngruppen, die bei der Konzeptvergabe für gemeinschaftliche Wohnprojekte auf dem Kulturcampus im Jahr 2014 ausgewählt wurden, ihre Projekte auf dem Gelände des Kulturcampus realisieren können.
- Der Erhalt von studentischem bezahlbarem Wohnen, das bereits auf dem Gelände des Kulturcampus besteht und vom Studentenwerk verwaltet wird, muss gewährleistet bleiben.
- Die Schaffung von weiterem Wohnraum für Studierende auf dem Kulturcampus wird ausdrücklich begrüßt. In diesem Zusammenhang ist die HfMDK in der Pflicht, für deren Studierende Wohnangebote in die Planungen des Neubaus zu integrieren. Eine Mischnutzung ist explizit vorgesehen.
- Künstler*innen bzw. Künstler*innengruppen ist Wohnraum auf dem Kulturcampus zur Verfügung zu stellen. Hierzu werden insbesondere gemeinschaftliche Wohnprojekte, die das Wohnen für Künstler*innen (der ansässigen Einrichtungen) ermöglichen, gefördert.
- Der Kulturcampus in einem lebendigen Stadtteil 1. Die Bebauung soll sich an der bestehenden Bebauung des Bockenheimer Stadtteils orientieren. Modernität, Offenheit und Hinwendung zu den angrenzenden Stadtteilen sollen hierbei stadtplanerisch im Vordergrund stehen. Eine monotone Bebauung des Areals ist zu vermeiden. Die architektonischen Entwürfe der Bebauung auf dem Kulturcampus sind öffentlich vorzustellen und die Auswahl dann von einer Jury zu entscheiden, an der u. a. Vertreter*innen aus den Stadtteilen Bockenheim und Westend zu beteiligen sind.
- Es ist für eine ausreichende Versorgung mit öffentlichen Räumen, im Zentrum des Areals, zu sorgen. Über die Gestaltung findet ein Ideenwettbewerb statt, an dem u. a. Vertreter*innen aus den Stadtteilen Bockenheim und Westend beteiligt werden.
- Auf dem Gelände des Kulturcampus müssen die bereits bestehenden Einrichtungen zur Kinderbetreuung erhalten bleiben. Es ist weiterer Raum für Betreuungseinrichtungen zu schaffen, der sowohl der hinzuziehenden als auch der bereits im Stadtteil wohnenden Bevölkerung zugutekommt.
- Mit der Anschubfinanzierung des Offenen Hauses der Kulturen steht die SPD für den Erhalt des Studierendenhauses. Dieses Haus steht im Zentrum des Kulturcampus und stellt somit eine Brücke zwischen den bestehenden und neu entstehenden Strukturen dar. Das Studierendenhaus

muss allen Bürger*innen offenstehen. Es ist zu erhalten und durch eine Mischung aus kulturellem und studentischem Leben und Wohnen zu nutzen.

- Die Ergebnisse der Planungswerkstätten von 2012 sind insgesamt zu berücksichtigen und, falls möglich, umzusetzen. Die Stadt Frankfurt hat in einem gesonderten Bericht darzustellen und zu begründen, welche Ideen der Planungswerkstätten umgesetzt wurden und welche nicht.
- Die zukünftige Planung der Universitätsbibliothek als ein Teil des Kulturcampus muss ergänzend in das Konzept einbezogen werden. Eine reine Nutzung der Universitätsbibliothek als Magazin wird ausgeschlossen. Das Land muss deutlich machen, wann mit einem Freizug zu rechnen ist und wie, in Abstimmung mit der Stadt, eine Folgenutzung des Areals aussehen kann, welches sich das Land im Planungsprozess zunächst als Standort für die HfMDK vorbehalten hatte.

Unser Frankfurt ist digital für alle

Unser Frankfurt ist eine Smart City und hat durch eine ganzheitliche Digitalisierungsstrategie die Chancen der Digitalisierung genutzt und dafür gesorgt, dass sich die Lebensqualität der Bürger*innen erhöht, sich die Bürger*innen noch stärker mit der Stadt identifizieren, Frankfurt als Wirtschaftsstandort noch attraktiver wird, gleichzeitig das ökologische Potential der Digitalisierung voll ausgeschöpft wird und die Bürger*innen der Stadt darauf vorbereitet sind, die Vorteile der Digitalisierung für sich zu nutzen.

Unser Frankfurt sorgt hierbei dafür, dass durch die Digitalisierung keine Bevölkerungsgruppen benachteiligt oder ausgegrenzt werden, sondern dass die Digitalisierung Vorteile für alle Bürger*innen bringt. Zugang zu Internet sehen wir als ein Grundrecht an, das wir für jede*n einfordern.

I. Infrastruktur

Damit Frankfurt die Digitalisierungsstrategie erfolgreich umsetzen kann, braucht es einen flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes. Das beinhaltet den flächendeckenden Ausbau der Festnetz-, der Mobilfunk- und der WLAN-Infrastruktur.

Wir fordern daher:

- einen flächendeckenden Ausbau von Glasfaseranschlussnetzen inklusive einer Glasfaser-Inhouse-Verkabelung (FTTH-Netze)
- einen flächendeckenden Ausbau des 5G-Netzes
- frei zugängliche WLAN-Netze in öffentlichen Einrichtungen, an touristischen Plätzen, an allen Bushaltestellen, Bahnstationen sowie im öffentlichen Nahverkehr, in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen
- die Förderung des schnellen Ausbaus durch ein anbieterneutrales Voucher-Programm für die Inhouse-Verkabelung und Vertragsabschlüsse für Privatnutzer*innen, insbesondere für einkommensschwache Haushalte, damit sich alle Bürger*innen auch die Nutzung des Glasfasernetzes leisten können.

II. Verwaltung und Bürger*innenservices

In einer modernen und globalisierten Gesellschaft leben und arbeiten die Bürger*innen Frankfurts nicht mehr ausschließlich in Frankfurt selbst, sondern überall und von überall aus. Von den Anbietern privater Plattformen sind es die Bürger*innen schon gewohnt, dass sie deren Dienste jederzeit und an jedem Ort

nutzen können und die Abläufe reibungslos funktionieren. An diese veränderten Verhältnisse und Anforderungen muss sich auch die Verwaltung der Stadt anpassen, sodass alle Dienstleistungen (ausgenommen Heirat, Scheidung und Immobilienkauf) auch digital verfügbar sind und lästiges Nummerziehen der Vergangenheit angehört.

Wir fordern daher:

- Die vollständige Umsetzung der Vorgaben des E-Government-Gesetzes und des Hessischen E-Government-Gesetzes, sodass alle öffentlichen Verwaltungsleistungen auch online angeboten werden.
- Digitalisierung aller Verwaltungsleistungen mit Wirtschaftsbezug.
- Die Verfügbarkeit aller Serviceleistungen möglichst auf allen Erstsprachen der 28 EU-Länder sowie auf Arabisch, Türkisch, Russisch und Chinesisch und die Verfügbarkeit aller Serviceleistungen auf einfacher Sprache.
- Fortbildungen für die Mitarbeiter*innen in der Verwaltung, um diese auf die digitalen Herausforderungen inkl. der IT-Sicherheit vorzubereiten.

III. Politische Teilhabe

Durch das Bürgerbeteiligungsportal „Frankfurt fragt mich“ können sich die Bürger*innen der Stadt schnell und unkompliziert informieren, Mängel melden, Ideen einstellen und unterstützen und Fragen stellen. Die Bürger*innen sind so in politische Prozesse eingebunden und identifizieren sich mehr mit der Stadt. Die Stadt erhält so ein umfassenderes Bild davon, was die Bürger*innen beschäftigt und kann schneller auf Missstände reagieren. Das Bürger*innenbeteiligungsportal wirkt so Politikverdrossenheit entgegen und stärkt die Demokratie auf kommunaler Ebene.

Wir fordern daher:

- eine stärkere Bewerbung des Portals im Rahmen einer Kampagne der Stadt für E-Government und mehrsprachige Verfügbarkeit und dauerhafte Übersetzung der eingestellten Ideen zumindest auch auf Englisch.
- die Vereinfachung des digitalen Zugangs zu politischen Entscheidungen und Ergebnissen der Stadt Frankfurt.

IV. Mobilität

Nur wer mobil ist, kann auch am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Unser Frankfurt sorgt durch die umfassende Digitalisierung in diesem Bereich dafür, dass alle hieran teilhaben können, unabhängig von Einkommen und Alter, dass die Menschen täglich Zeit sparen und die Mobilität gleichzeitig ökologischer wird.

Wir fordern daher:

- ein städtisches Sharing System (im Wahlkampfprogramm zum Thema Mobilität findet sich die konkrete Ausgestaltung zu einem stadtweiten und kostengünstigen Sharing-System)
- die Möglichkeit der Verknüpfung des Frankfurt-Passes mit dem Sharing-System, sodass die Online-Buchung zu niedrigeren Preisen für Passinhaber möglich ist
- den Ausbau eines intelligenten Parkleitsystems innerhalb der gesamten Stadt, bei dem auch Parkplätze außerhalb von Parkhäusern erfasst sind
- den Ausbau eines intelligenten Verkehrsleitsystems, um Verkehrsballungen zu umfahren und eine smarte, situativ-bedarfsgerechte Ampelschaltung, um solche gar nicht erst aufkommen zu lassen
- Einführung von Ampelschaltungen in Radwegen, die bei Regen längere Grünphasen haben und so das Radfahren bei schlechtem Wetter attraktiv macht
- eine digitale grüne Welle für Radfahrer. Am Boden entlang des Weges leuchten LED-Lämpchen. Wer in der Geschwindigkeit des Lichts folgt, muss nicht an einer roten Ampel warten und absteigen
- den Ausbau einer intelligenten und dadurch ökologischen Straßenbeleuchtung, bei der die Straße nur beleuchtet wird, wenn sie auch benutzt wird

V. Freizeit und Kultur

Durch die Digitalisierung können die Bürger*innen unkompliziert das Freizeit- und Kulturprogramm der Stadt nutzen. Durch die Möglichkeit, Ermäßigungen online zu erhalten, können hieran alle Bürger*innen teilhaben.

Wir fordern daher:

- die Möglichkeit, Eintrittskarten für städtische Schwimmbäder, Museen, die Eissporthalle, Theater der Stadt Frankfurt und alle weiteren öffentlichen Einrichtungen der Stadt online zu buchen
- die Möglichkeit der Verknüpfung des Frankfurt-Passes mit der Buchungswebsite, sodass auch die ermäßigten Tickets online erhältlich sind

Unser Frankfurt ist eine Stadt, in der sich die Jugend frei entfalten kann!

Ehrenamt und Vereine sind das Herzstück der städtischen Kultur. Wir werden ein breites Engagement für Frankfurt vereinfachen und fördern. Handeln für das Allgemeinwohl muss gefördert und belohnt werden. Wir setzen uns für alle Helfer*innen und engagierte Menschen ein:

- Räumlichkeiten für Jugendverbände, Vereine und Initiativen fließen in die städtische Planung ein. Das städtische Vorkaufsrecht wird für Jugendverbände, Vereine und Initiativen genutzt. Jugendverbände, Vereine und Initiativen machen eine lebendige Gesellschaft aus, ihnen müssen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.
- In allen Stadtteilen existiert mindestens ein Jugendzentrum. Die finanzielle Unterstützung wird deutlich erhöht, da Jugendarbeit das entscheidende Mittel ist, um Perspektiven zu schaffen.
- Pro Jugendhaus wird es drei Vollzeitstellen geben. Um in die wertvolle Arbeit der Sozialarbeiter*innen zu unterstützen und den Anforderungen gerecht zu werden, braucht es eine ausreichende personelle Ausstattung.
- Die Angebote für die Ehrenamts-Card werden gestärkt. Wir wollen für Menschen mit einer Ehrenamts-card die Anspruchsmöglichkeit auf ein 365 Euro Jahresticket und kostenlosen Eintritt für städtische Schwimmbäder und Schwimmhallen gewährleisten.
- Reform des "Ring politischer Jugend" (RPJ). Für politisches Engagement müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Vermittlung demokratischer Werte von Jugendlichen an Jugendliche ist von höchster Bedeutung.
- Der Etat des StadtSchülerinnenRates bleibt erhalten.
- Mehr Sportflächen in unserer Stadt. Für sportliches Engagement müssen wir die Ressourcen bereitstellen, um eine bunte Vielfalt an sportlichen Aktivitäten für Vereine bereitzustellen.
- Im Bürgerpark Süd (ehem. Rennbahn Niederrad) wird eine wettkampffähige Calisthenics Anlage gebaut. Es sollen knapp 320 m² für eine Sportanlage gebaut werden, die den Standards deutscher Meisterschaften entspricht.
- Der rasche Bau eine Multifunktionshalle mit guter ÖPNV-Anbindung und Teilhabemöglichkeiten für die Frankfurter Vereinslandschaft in Kooperation mit Sportjugend und Sportbund.
- Aufstockung der Finanzierung der Jugendverbandsarbeit auf 2 Millionen Euro pro Jahr. Durch das Wachstum der Stadt und die zahlreichen Herausforderungen, denen sich die

Jugendverbandsarbeit stellen muss, ist eine Erhöhung unerlässlich. Projekte wie die Parade der Kulturen und der Aufbau eines Jugendparlamentes werden vom Frankfurter Jugendring initiiert. Hierbei bedarf es zusätzlicher hauptamtlicher Unterstützung, um diese Projekte in würdigem Ausmaß umsetzen zu können.

Unser Frankfurt lässt kein Kind zurück!

Kinder- und Jugendarmut gehört in unserem Frankfurt der Vergangenheit an. Soziale Teilhabe hängt nicht mehr vom Geldbeutel ab, da sich Schwimmbad, Museum, Kino, Theater, Oper, öffentliche Veranstaltungen, Klassenfahrten und vieles mehr nun alle leisten können. Wir setzen klare Leitlinien, um Kinder- und Jugendarmut in Frankfurt zu bekämpfen. Ein vielfältiges Mittagessen sowie Obst und Wasser gibt es an allen Schulen kostenfrei.

- Die Nutzung des ÖPNV wird für alle Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre bzw. bis zum Abschluss des Abiturs oder der ersten Ausbildung kostenfrei. Mobilität ist wichtig, um Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Ob Schulausflüge, Museumsbesuche oder auch nur die Fahrt in das naheliegende Schwimmbad. Die Teilnahme wird nicht mehr vom Geldbeutel abhängig sein.
- Alle Schwimmbäder der BäderBetriebe Frankfurt sind bis zum 18. Lebensjahr kostenfrei. Die SPD hat den Eintritt in die städtischen Schwimmbäder bis zum 14. Lebensjahr bereits kostenfrei gemacht: Ein wichtiger Meilenstein, um die Teilhabe für Kinder und Jugendliche zu stärken.
- Kostenfreie Nachhilfe, Mittagessen, Obst und Wasser an Schulen. Nachhilfe wird durch ein umfassendes Ganztagschulkonzept abgedeckt und für alle Schüler*innen frei zugänglich gemacht.
- Die Bemessungsgrenze für einkommensschwache Familien wird angehoben, um mehr kostenfreie Angebote zu ermöglichen. Die Einkommensgrenzen, um den Frankfurt-Pass zu beantragen, betragen bei 1-Personenhaushalten 912,00 Euro netto und erhöhen sich für jedes weitere Mitglied der Haushaltsgemeinschaft um 269,00 Euro netto. Diese Einkommensgrenze werden wir deutlich erhöhen. Laut Statistischem Bundesamt (Dezember 2017) ist ein Ein-Personenhaushalt mit einem Einkommen von 1.063,65 Euro (Jahreseinkommen 12.765€) armutsgefährdet. Für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren liegt diese Grenze bei 2.233,91 Euro (Jahreseinkommen 26.807€). Wir werden die Bemessungsgrenze an die Haushaltspersonenzahl angepasst auf mindestens diese Grenzen erhöhen.
- Bei Beantragung des Frankfurt-Passes werden Waisenrente und Witwenrente nicht mehr als Teil des Nettoeinkommens angerechnet.
- Mehr Jugendeinrichtungen und Angebote für Kinder & Jugendliche, insbesondere in strukturschwachen Stadtteilen. Wir schaffen mehr öffentliche Plätze und Räume in der Stadt,

an denen sich Jugendliche aufhalten können. Wir errichten neue Jugendzentren, Fitnessparcours nach den Konzepten von Calisthenics, mehr Spielplätze und Grünflächen.

- Der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden jährlich 4 Millionen Euro mehr Mittel zur Verfügung gestellt.
- Bessere Bewerbung des Fonds der Stadt Frankfurt zu den zusätzlichen Ferienmaßnahmen und Erhöhung der Mittel (niedrigschwelliges Angebot)
- Ferienfreizeiten für alle! Jedes Kind wird mindestens einmal im Jahr an einer Ferienfreizeit der Frankfurter Jugendverbände teilnehmen können, unabhängig vom Einkommen der Eltern.
- Verankerung des Themas „Kinder- und Jugendarmut“ als Querschnittsaufgabe der städtischen Verwaltung.
- Die Stadt Frankfurt setzt sich für die Abschaffung der Kostenheranziehung (SGB 8 §94) ein.

Unser Frankfurt ist international und vielfältig!

Tausende Menschen haben in Frankfurt eine neue Heimat gefunden und sind zu Frankfurter*innen geworden. Unabhängig, ob es sich dabei um Menschen in der zweiten Generation oder Neuzugezogene handelt, ob sie Studierende oder Asylsuchende sind. So kommen die derzeit 750.000 Bewohner*innen Frankfurts aus über 170 unterschiedlichen Nationen und der Anteil der Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte beträgt etwas mehr als 51 %. Frankfurt ist als internationale Stadt auf eine gute Integration angewiesen.

Um Frankfurt als multikulturelle Hauptstadt zu erhalten, werden wir auf die erfolgreiche Politik von Stadträtin Sylvia Weber aufsetzen, die beispielsweise mit "stadtRAUMfrankfurt" als interkulturelles Zentrum ein deutschlandweit einzigartiges und das größte integrationspolitische Projekt der letzten Jahrzehnte in Frankfurt umgesetzt hat. Neben dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten sind weitere wichtige Organisationen in das Zentrum eingezogen und zahlreiche Seminarräume stehen ehrenamtlichen Vereinen und Migrant*innenorganisationen zur Verfügung. Dadurch wird die Arbeit von zivil- und ehrenamtlichen Organisationen gestärkt.

In unserem Frankfurt gehört eine bunte Gesellschaft zum Stadtbild. Frankfurt wird weiter eine europäische Hochburg der Toleranz bleiben. Gerade in Zeiten des aufsteigenden Rechtspopulismus zeigen wir mit einem guten Beispiel, wie Integration gelingt. Rassismus, Extremismus, Homophobie und Menschenhass haben in unserem Frankfurt dagegen keinen Platz! Das bedeutet konkret, dass wir auf diese folgenden Punkte setzen:

- Frankfurt wird sichere Hafenstadt. Menschenrechte müssen geschützt werden, wir fordern daher die bedingungslose Deklaration Frankfurts als sichere Hafenstadt und die Aufnahme von in Seenot geratenen Geflüchteten. Das Recht auf Asyl ist mit uns nicht verhandelbar.
- Um die Integration für geflüchtete Menschen zu erleichtern, werden Integrationskurse ausgebaut und es erfolgt eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt durch Unterstützung des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten.
- Integration muss praktisch sein und vor Ort stattfinden. Für Studierende sollen die Pendlerwege zwischen Ausländerbehörde und Universität enden. In unserem Frankfurt wird an der Goethe-Universität dafür eine Ausländerbehörde eingerichtet und der Behördenausbau auf dem Campus Westend erweitert. Für Schüler*innen werden wir die Implementierung von interkulturellen Beratungsstellen an Schulen durch festes/freiberufliches Personal je nach Größe der Schule fördern. Damit werden wir eine Anlaufstelle mit interkulturellem Berater*innen für ausländische Schüler*innen schaffen. Diese Stelle soll sich u.a. ebenfalls mit ggf. vorhandenen rassistischen Angriffen beschäftigen.

- Für weibliche Geflüchtete und Migrantinnen werden Beratungsstellen und Hilfsnetzwerke im Bereich Schutz, Bildung, Arbeit und Integration spezifisch für diese Zielgruppe geschaffen, damit diese über ihre Rechte in Deutschland aufgeklärt werden. Auch werden wir gesonderte Schutzräume und Unterbringungen für weibliche Geflüchtete einräumen, weil diese leider oft Opfer jeglicher Gewalt und fremdenfeindlicher Angriffe sind. Frauenärztliche Untersuchungen werden in Frankfurt vor Ort in den Unterbringungen möglich sein, wie auch Deutschkurse und Beratung, insbesondere durch Muttersprachler*innen. Dafür werden ausreichende finanzielle Mittel für qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung gestellt.
- Wir fordern die Öffnung des Wahlrechts für nicht-EU Ausländer*innen. Eine internationale und vielfältige Stadt braucht auch ein Wahlrecht, bei denen alle mitbestimmen können, die seit Jahren am wirtschaftlichen und kulturellen Erfolg dieser Stadt beteiligt sind. Diese Menschen haben in unserem Frankfurt das Recht, die kommunale Politik in den Stadtteilen und Gemeinden mitzugestalten. Der Magistrat der Stadt Frankfurt wird sich beim Land Hessen für die Änderung der HGO einsetzen, damit auch Nicht-EU-Bürger*innen mit einer gültigen Niederlassungserlaubnis bei den Kommunalwahlen ihre Stimme abgeben können, da diese genauso von den politischen Entscheidungen betroffen sind. Wir wollen weg vom Prinzip der Zwei-Klassen-Ausländer*innen und ein partizipatives Wahlrecht für alle Frankfurter*innen schaffen. Des Weiteren fordern wir die Stärkung der hessischen Auslandsvertretungen, damit auch die Menschen ohne Niederlassungserlaubnis (z.B. Fachkräfte mit befristeten Aufenthaltstitel) aktiv am Stadtgeschehen teilnehmen können.
- In unserem Frankfurt tritt die Stadtpolizei selbstverständlich kultursensibel auf. Szenen auf der Frankfurter Zeil, in denen mehrere uniformierte Menschen ohne Migrationshintergrund junge bettelnde Migrant*innen umzingeln und schließlich des Platzes verweisen, sind ein Zeichen von latentem Rassismus und demonstrieren eine Überlegenheit aufgrund von Machtstrukturen. Solche Szenen haben der Vergangenheit anzugehören.
- Bildungsmöglichkeiten dürfen nicht am Wohnort scheitern. Für eine erfolgreiche Integration ist eine gute Bildungsgerechtigkeit der zentrale Schlüssel. So lässt sich feststellen, dass Bildungsmöglichkeiten stark von der Anbindung des Stadtteils abhängig sind. Für den Frankfurter Westen fordern wir daher eine Schule, in der die Möglichkeit besteht, eine allgemeine Hochschulreife zu erlangen sowie eine bessere Verkehrsanbindung des Westens an die Goethe-Universität (Westend) und der UAS (Nordend).
- In unserem internationalen und vielfältigen Frankfurt werden Projekte und Programme mit interkulturellem Charakter besser finanziell und personell unterstützt wie z.B. die Parade der Kulturen.

Unser Frankfurt ist sicher für alle!

Unser Frankfurt ist eine Stadt, in der sich alle Menschen, unabhängig ihres Geschlechts, ihrer Sexualität, ihres Glaubens, ihrer Herkunft und ihres Alters, an jedem Ort und zu jeder Zeit sicher fühlen. Die gute Ausbildung und flächendeckende Bereitstellung von Personal und Material für Rettungskräfte, Feuerwehr und Polizei im gesamten Stadtgebiet ist selbstverständlich. In unserem Frankfurt bedeutet Sicherheit im öffentlichen Raum mehr als die Durchsetzung des Gewaltmonopols.

Dazu gehören folgende Punkte:

- Durchgehender Nachtverkehr des gesamten ÖPNV mit dem Ziel der Verminderung von Wartezeiten.
- Sicherheitspersonal in allen S-, U- und Straßenbahnen im erweiterten Stadtgebiet abends und nachts sowie Notsignalschalter an allen Bahnhöfen, die zusätzlich besser gekennzeichnet sind.
- Einführung eines Frauennachttaxi-Systems mit öffentlichem Fahrscheinbetrieb zur allgemeinen Verbesserung der Sicherheitslage und des Sicherheitsgefühls insbesondere von Frauen auf dem Heimweg.
- Die Fortsetzung des Betriebs einer polizeilichen Sondereinheit im Bahnhofsviertel.
- Die Wertschätzung des Dienstes, der Rettungskräfte und Polizist*innen an der Gesellschaft leisten sowie die Gewährleistung der körperlichen Unversehrtheit.
- In Frankfurt wird es zu Silvester lediglich von der Stadt organisierte Feuerwerke geben.

Unser Frankfurt ist eine sichere Stadt, die vom Zusammenhalt ihrer Einwohner*innen lebt, soziale Teilhabe ermöglicht und keine Gruppe im öffentlichen Raum ausschließt. Daraus folgen diese Maßnahmen:

- Ausbau und Stärkung von Kinder- und Jugendzentren sowie die Verbesserung von Beratungs- und Hilfsangeboten.
- Bauliche Modernisierung von Orten, die starke Unsicherheitsgefühle erzeugen und an denen häufiger Straftaten auftreten. Dabei spielen die Sauberkeit, Einsehbarkeit und ausreichende Beleuchtung eine hervorgehobene Rolle. In ausgewählten Bereichen kann in enger Zusammenarbeit mit Anwohner*innen Videoüberwachung eine sinnvolle Ergänzung des Sicherheitskonzeptes darstellen.
- Weitere 100 Projekte werden durch das Förderprogramm "Schöneres Frankfurt" umgestaltet.

- Die öffentlichkeitswirksame Stärkung der Frauenhäuser und weiterer Anlaufstellen zur Verhinderung (sexualisierter) Gewalt.
- Kältebusse werden besser mit Personal ausgestattet und finanziert.
- Obdachlosenheime werden stärker ausgebaut und gefördert. In einem sollen Haustiere zugelassen sein, um diejenigen, die ein Haustier haben, nicht auszuschließen.

Frauen- und Mädchenhäuser

- Die Finanzierung von Frauenhäusern soll nicht allein aus städtischen Mitteln erfolgen. Das Land muss seinen Teil dazu beitragen.
- Wir brauchen mehr Wohnungen für hilfesuchende Mädchen und Frauen. Dazu ist es notwendig, dass ein Anteil der Wohnungen des geförderten Wohnungsbaus für Frauen aus den Frauenhäusern reserviert ist.
- Eine Unterbringungsmöglichkeit und öffentlich geförderte Schutzräume für LGBTIQA* werden geschaffen.
- Wir brauchen eine zentrale Koordinationsstelle für Gewaltopfer in Hessen. Diese Stelle soll sich auch der Findung und Vermittlung an geeignete Frauenhausplätze widmen.
- Feministische Bildungsangebote für Mädchen und Frauen werden gestärkt. Auch Beratungsangebote für gewalttätige Männer und gemeinsame Beratungsgespräche für betroffene Paare sowie Antiaggressionstrainings sind wichtiger Teil eines Präventionsangebots.
- Bei gewalttätigen Vätern muss der Schutz vor Gewalt Vorrang vor dem Recht auf Kontakt zum Kind haben.

In unserem Frankfurt verstehen wir Sicherheit als Schutz der Freiheit jedes Einzelnen und nicht als deren Einschränkung. Die folgenden Maßnahmen entsprechen diesem Prinzip:

- Alkoholverbote in der Öffentlichkeit schränken die Freiheit ein, ohne die Sicherheit zu stärken; wir lehnen sie strikt ab.
- Der Frankfurter Weg und der damit verbundene Verzicht auf repressive Maßnahmen gegen Konsument*innen wird fortgeführt und weiterentwickelt.
- Zur Entlastung der Polizeiarbeit und der Gerichte ist Frankfurt Modellstadt einer Drogenpolitik, welche nicht auf Kriminalisierung, sondern auf Aufklärung und kontrollierte Abgabe setzt.

Unser Frankfurt bietet faire Bedingungen für alle!

Die städtische Öffentlichkeit setzt sich kritisch mit globalem Konsum und Entwicklung auseinander und Frankfurt ist Teil eines Netzwerkes von Partnerschaften mit Städten in Entwicklungsländern und arbeitet mit diesen konstruktiv und auf Augenhöhe zusammen.

Daraus leiten sich folgende Forderungen ab:

- Mehr Fairtrade in der Stadt Frankfurt: Alle städtisch getätigten Einkäufe werden aus fairen Herstellungsbedingungen stammen und Lebensmittel Fairtrade-zertifiziert sein.
- Baumaterialien wie Steine oder Lehmprodukte (Ziegel etc.) werden aus gesichert kinderarbeitsfreier Produktion stammen.
- Die Stadt Frankfurt wird aktiv für mehr Fairtrade in der Stadt und darüber hinaus werben. Dafür wollen wir die bereits bestehende "Faire Woche" weiter vergrößern und stärker bewerben. Sie wird dadurch nicht nur Markt für faire Anbieter, sondern ein viel beachtetes Kulturfestival sein, das zur Bildung über globale Konsumfragen dient.
- Um einen Austausch auf Augenhöhe zu betreiben, möchten wir neue Partnerschaften mit Städten aus Entwicklungsländern schaffen. Mit der Stadt Granada (Nicaragua) besteht bisher eine Partnerschaft. Partnerschaften mit Städten wie Laos (Nigeria) sollen unsere kommunale Zusammenarbeit ausweiten und bereichern. Partnerschaften wie diese sollen eine Basis dafür sein, einen für beide Seiten wertvollen Austausch zu ermöglichen. In diesem Rahmen sollen Klimapartnerschaften geschlossen werden, deren Ziel es ist, einen Austausch von Best Practices (Besten Praktiken) gegen Hitzewellen und Co²-Ausstoß auszutauschen.
- Zur zusätzlichen Finanzierung des entwicklungspolitischen Engagements der Stadt FFM werden wir es städtischen Angestellten ermöglichen, die Nachkommabeträge ihres Gehaltes für diese Zwecke zu spenden.

Wir sehen es als Notwendigkeit an, dass die Jugend Frankfurts über globalen Konsum und Handel aufgeklärt wird und sich der Bedeutung fairer Produktionsbedingungen bewusst wird.

- Dafür werden wir insbesondere an Schulen die entwicklungspolitische Bildungsarbeit fördern. Hierfür wird das Konzept der "Eine-Welt-Läden" an allen Frankfurter Schulen gefördert. Gleichzeitig wollen wir in Kooperation mit Organisationen wie dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen e.V. politische Bildung zu internationalem Handel und Konsum vermehrt

anbieten. Subventionierte Fairtrade-Mahlzeiten sollen regelmäßig im Speiseplan der Schüler*innen auftauchen.

- Schulen werden dazu ermutigt, mit den Schulen unserer Partnerstädte Partnerschaften zu schließen, die zum Austausch zwischen den Schüler*innen und des Lehrpersonals dienen sollen. Dadurch wollen wir es vor allem den Schüler*innen ermöglichen, die Lebensrealität der Kinder in anderen Ländern besser zu verstehen sowie den interkulturellen Austausch zu fördern und somit Freundschaften entstehen.

Feministisches Frankfurt

Unser Frankfurt ist eine bunte Stadt, in der Gleichstellung und Gleichberechtigung großgeschrieben wird. Jede und jeder soll sich frei entfalten können. Deshalb ist es wichtig, dass besonders Frauen in Bereichen unterstützt werden, in denen patriarchale Strukturen ihnen Hürden auf den Weg zur Selbstbestimmung setzen.

Sexuelle Selbstbestimmung

- Ausbau der Förderung von Pro Familia – es müssen mehr Stellen geschaffen werden und Frauen, die zur Beratung gehen, dürfen nicht länger von Fundamentalist*innen drangsaliert werden. Die Schutzzone um Pro Familia muss endlich umgesetzt werden.
- Die Liste von Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, ist zu kurz. Es muss möglich sein, Ärzt*innen direkt anschreiben zu können bezüglich einer Beratung und Unterstützung.
- Bessere Informationspolitik: Wir wollen als Stadt öffentlichkeitswirksame Kampagnen zum Thema sexuelle Selbstbestimmung und Beratungsstellen.
- Die Kostenübernahme für hormonelle und nichthormonelle Verhütungsmittel soll ausgebaut werden. An Schulen, Universitäten und Fachhochschulen soll es kostenlose Hygieneartikel geben.

Unser Frankfurt ist QUEER #mehrqueerwagen

Unser Frankfurt ist geil und schrill! Wir wollen, dass Frankfurt Vorreiter*in für queere Städte in Europa wird. Inklusion umfasst alle Menschen unserer Stadt - egal, wen die Person liebt und mit welchem Geschlecht sie sich identifiziert!

Wir werden gegen Gentrifizierung kämpfen und queeren Menschen einen Lebensmittelpunkt in der Stadt bewahren. Das Queere Bermuda Dreieck Alte Gasse muss erhalten bleiben! Deswegen werden wir eine Kampagne für den Erhalt der Alten Gasse „Save the Bermuda“ zusammen mit queeren Bündnispartner*innen starten.

Außerdem werden wir die Sichtbarkeit von queeren Zentren verstärken. Queere Menschen werden stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt.

Deswegen fordern wir:

- Eine Kampagne der Stadt für ein vielfältiges Frankfurt
- Eine finanzielle Unterstützung des Lesbisch-Schwules Kulturhauses (LSKH)
- Eine Institutionalisierung, Stärkung und Unterstützung von Rainbow Refugees
- Eine Einrichtung eines queeren SaveHouses soll gewährleistet werden. Vor allem auch Queere Menschen brauchen einen Schutzraum.

Mehr Queer Wagen heißt auch, für queeren Menschen einen unkomplizierten Zugang zum Gesundheitssystem ermöglichen!

Deshalb fordern wir:

- Das Frankfurter Gesundheitsamt wird sein bestehendes Angebot an Blutuntersuchungen gegen HIV, Hepatitis B und C und Syphilis um Untersuchungen gegen andere sexuell übertragbare Krankheiten wie Chlamydien oder Gonorrhoe erweitern und diese vor allem kostenlos zur Verfügung zu stellen.
- Außerdem wird ein Queeres Gesundheitszentrum insbesondere für Trans* und Inter* Menschen errichtet.

Mehr queer wagen in unserem Frankfurt bedeutet endlich, die Sichtbarkeit von nicht-binären, Trans* & Inter* Menschen zu erreichen! Deswegen fordern wir:

- städtische Verwaltungsformulare werden alle Geschlechter beinhalten.
- Die Dritte Toilette wird in allen öffentlichen Toiletten eingeführt.